



Deutscher Anwaltverein

Arbeitsgemeinschaft
Medizinrecht

17. Herbsttagung

vom 13. – 14. Oktober 2017 in Berlin

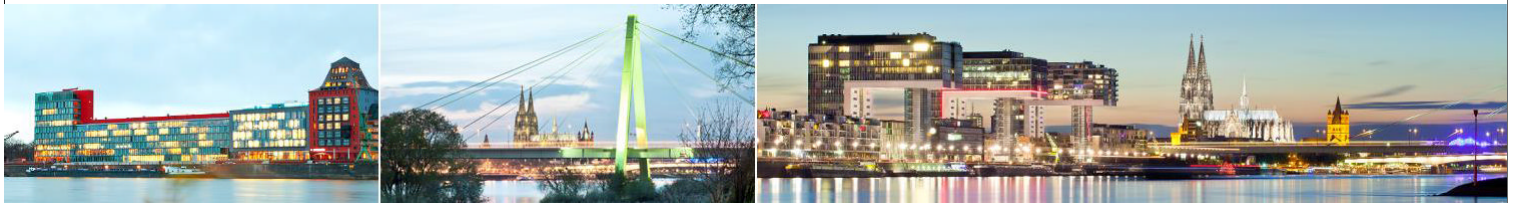
Arbeitsgruppe Medizinstrafrecht

Das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung

Rechtsanwältin Simone Lersch
Köln

Neuregelung der Vermögensabschöpfung 2017

Rechtsanwältin Simone Lersch



Gliederung

Intention des Gesetzgebers

Zentrale Inhalte

Auswirkungen für die Praxis

Intention des Gesetzgebers

Vereinfachung

Übersichtlichkeit

Schließen von
Abschöpfungslücken

Umsetzung einer
europäischen
Richtlinie

Bessere
Verwirklichung des
Bruttoprinzips

Opferschutz

10.10.2017



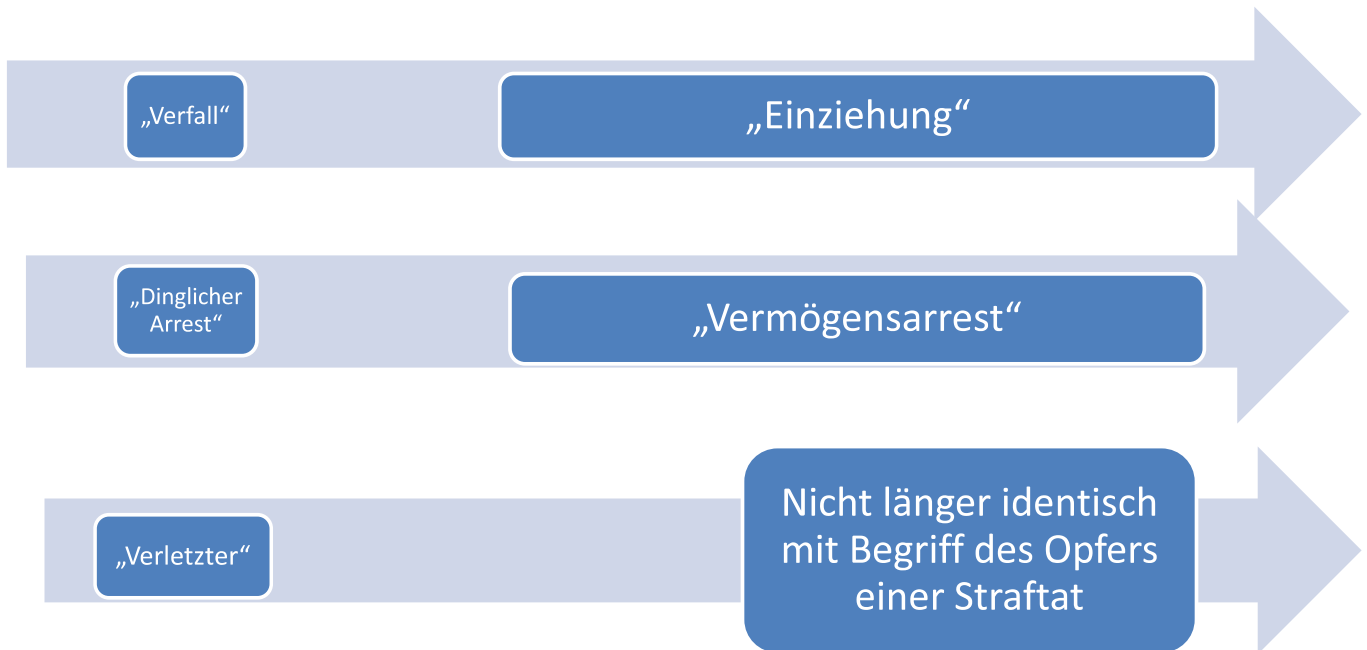
Gliederung

Intention des Gesetzgebers

Zentrale Inhalte

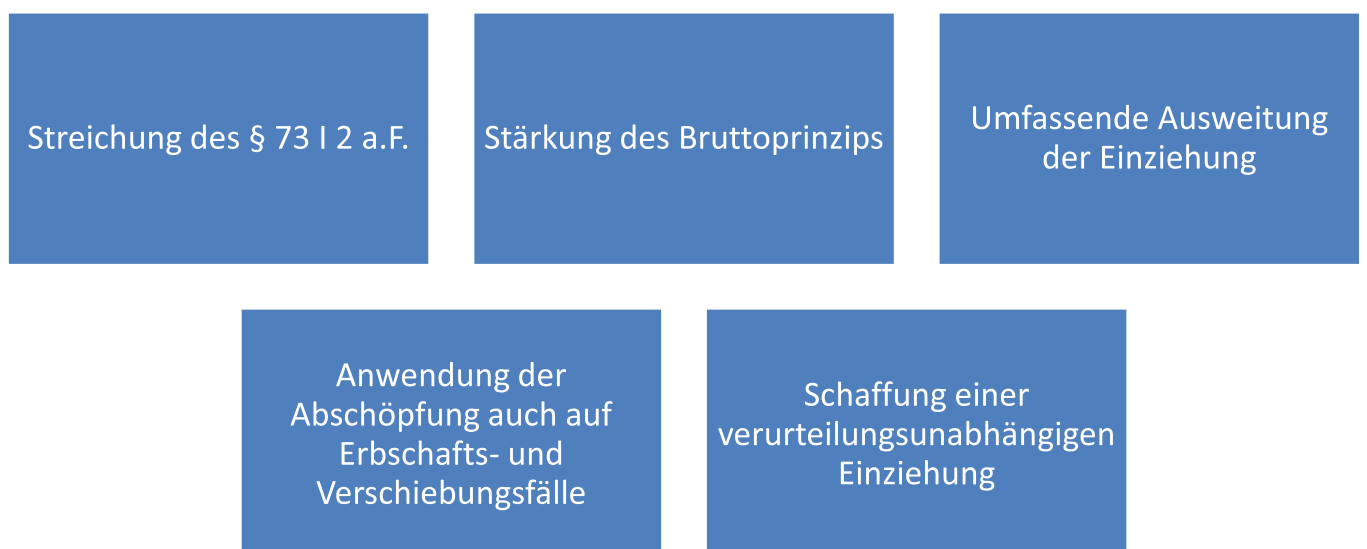
Auswirkungen für die Praxis

Begrifflichkeiten



10.10.2017

Änderungen des StGB



10.10.2017

Streichung des § 73 I 2 StGB a.F.

Vorherige Rechtslage: Sobald Verletztem aus der Tat ein Anspruch zusteht, war Verfall ausgeschlossen

§ 73 I 2 StGB a.F. galt als „**Totengräber des Verfalls**“

Jetzt: Abschöpfung auch bei Ansprüchen des Verletzten

Befriedigung der Geschädigtenansprüche im Strafvollstreckungsverfahren statt „Windhundrennen“

10.10.2017

Bisherige Modelle des Bruttoprinzips:

Problematische Fälle: Nur Art und Weise des Zustandekommens (nicht die Handlung/das Geschäft selbst) ist strafbar.

3./5. Senat BGH

- Erfordernis einer Kausalbeziehung zwischen Tat und Vorteil
- Nur „erlangt“, was Vorteil des rechtswidrigen Verhaltens ausmacht
- Ist das Geschäft als solches legal, können Aufwendungen abgezogen werden

1. Senat BGH

- Umfassende Anwendung des Bruttoprinzips
- Alle im Zusammenhang mit der Tat stehenden Vermögenswerte abschöpfbar
- Abzugsverbot

10.10.2017

NEU:

2-stufige Bestimmung des erlangten Vorteils

1. Schritt:

- etwas „durch“ die Tat oder für sie erlangt (früher: „aus“ der Tat)
- unmittelbare Kausalbeziehung zwischen Tat und Bereicherung nicht erforderlich
- abschöpfbar damit Gesamtheit der wirtschaftlich messbaren Vorteile – rein tatsächliche Betrachtung

2. Schritt:

- Grundsatz: Aufwendungen sind abzuziehen (§ 73d Abs. 1 S. 1 StGB)
- Ausnahme: was für die Begehung der Tat oder deren Vorbereitung aufgewendet wurde (§ 73d Abs. 1 S. 2 StGB)
- Rückausnahme: Leistungen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit gegenüber dem Verletzten (§ 73 d Abs. 1 S. 2 a.E. StGB)

10.10.2017

Abzugsfähigkeit

Entscheidend:

- ob Handlung oder Geschäft, das unmittelbar zur Vermögensmehrung geführt hat, selbst verboten war oder nicht
- ob der Täter oder Teilnehmer das Verbotene des Geschäfts erkannt hat

10.10.2017

§ 73a StGB (Erweiterte Einziehung)

Handlungsbedarf aufgrund RL 2014/42 EU

Früher:

- Erweiterte Einziehung nur bei Verurteilung wegen ganz bestimmter Delikte möglich;
- Verweis auf § 73d I StGB a.F. (Katalog);
- regelmäßig bei Banden- und gewerbsmäßigen Delikten

Darüber hinausgehende Neuregelung:

- Erweiterte Einziehung bei jeder rechtswidrigen Tat, wenn
 1. Gegenstände zweifelhafter Herkunft entdeckt wurden und
 2. Gericht von deliktischer Herkunft überzeugt ist (§ 73a StGB) -> „Hilfskriterien“ § 437 StPO

10.10.2017

§ 73b StGB (Einziehung von Taterträgen bei Dritten)

Abschöpfung bei Dritten - Vertretungs-, Verschiebungs- sowie Erb-/Pflichtteils-/Vermächtnisfälle

Täter handelt für Anderen, „Vertretungsfall“ (Nr.1)

Täter wendet Erträge Dritten zu, „Verschiebungsfall“ (Nr. 2)

Tatvorteil fließt wegen Erbfall Dritten zu (Nr.3)

Ausnahme: zuvor gutgläubigem Dritten übertragen

Einzug des Tatertrags von dem Dritten

10.10.2017

§ 73c StGB (Einziehung des Wertes von Taterträgen)

§ 73 c Abs. 1 S. 2 StGB a.F. („Härtefall“) ersatzlos gestrichen

etwaige Entreicherung nur noch in Vollstreckung berücksichtigt,
§ 459g StPO; Ausnahme: § 73e Abs. 2 StGB (gutgläubiger
Drittbegünstigter)

auch nachträglich entdecktes Vermögen kann abgeschöpft werden

§ 73e StGB (Ausschluss der Einziehung)

Ausschluss der Einziehung bei Erlöschen des Anspruchs des Verletzten
(denkbar z.B. Erfüllung gemäß § 362 I BGB oder Erlass gemäß § 397 I BGB.)

Zweck: Möglichst zügige freiwillige Schadensausgleichung

Hinweis: bietet Möglichkeit, Einziehung und Vermögensarrest frühzeitig zu
verhindern

§§ 74 ff. StGB (Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten)

Keine wesentlichen Abweichungen der neuen Regelung zu altem Recht

Durch Streichung von § 73c I 1 StGB a.F. allerdings keine Berücksichtigung unbilliger Härte mehr



Würdigung unbilliger Härte nur noch verfahrensrechtlich nach § 421 I Nr.1 StPO möglich (unangemessener Aufwand der Einziehung, vergleichbar mit § 154 StPO)

10.10.2017

§ 76a StGB (selbstständige Einziehung)

Alte Fassung

- Abs. 1: Nur möglich bei tatsächlichen Hindernisse der Verfolgung/Verurteilung (nicht rechtlichen wie der dauerhaften Verhandlungsunfähigkeit)
- Abs. 2: Erleichterte Voraussetzungen bei Sicherungseinziehung und Einziehung von Schriften und Unbrauchbarmachung
- Anwendung von Abs. 1 bei Absehen von Strafe/Verfahrenseinstellung

Neue Fassung

- Abs. 1: Tatsächliche und rechtliche Hindernisse (Ausnahmen: Verjährung, fehlender Strafantrag/Ermächtigung/Strafverlangen)
- Abs. 2/3: unverändert
- Abs. 4: Möglichkeit der selbstständigen Einziehung, wenn konkrete Straftat nicht feststeht.
 - Voraussetzung: angegebene Katalogtat
 - Prozessual von § 437 StPO flankiert

10.10.2017

§ 76a StGB (selbstständige [nachträgliche] Einziehung)

Abs. 1:

- Differenzierung zw. tatsächlichen und rechtlichen Hinderungsgründen aufgehoben
- Konsequenz: selbstständige Einziehung jetzt auch bei eingetretenem Strafklageverbrauch möglich
- Einschränkung § 76 a Abs. 1 S. 3

Abs. 4:

- Verurteilungsunabhängige Abschöpfung Vermögen unklarer Herkunft
- Voraussetzung: Anfangsverdacht einer Anlasstat aus Katalog § 76a Abs. 4 S. 3 StGB
- Maßstab: zweifelsfreie richterliche Überzeugung, § 261 StPO, § 437 StPO („Hilfskriterien“)
- Beweislastumkehr!

10.10.2017

§ 76b StGB (Verjährung der Einziehung)

Originäre Verjährungsfrist: 30 Jahre

Einziehung damit auch bei nach StGB verjährten Taten möglich

für Ruhen und Unterbrechung der Verjährung gelten
§§ 78b, 78c StGB entsprechend

10.10.2017

Wesentliche Änderungen der StPO

Dauer von
Sicherungsmaßnahmen
richtet sich nur noch nach
Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Bestand der Beschlagnahme in
Insolvenzverfahren (§ 111d
StPO)

Erlöschen des staatl.
Sicherungsrechts mit
Eröffnung des
Insolvenzverfahrens zugunsten
mindestens eines
Geschädigten (§ 111i StPO)

mögl. Prozessuale Abtrennung
der Einziehung (§§ 421 ff.
StPO)

„Zivilprozess-Light“:
Verletztenentschädigung
durch StA als
Vollstreckungsbehörde (§§
459h ff. StPO)

Sicherungsgrund zur
Wertersatzeinziehung
erforderlich (§ 111e StPO)

10.10.2017

§ 111e ff. StPO: Vermögensarrest zur Sicherung der Wertersatzeinziehung

Kein Verweis mehr auf § 917
ZPO (so § 111d II StPO a.F.)

Arrestgrund
ergibt sich nur
noch aus

Übermaßverbot

Sicherungsbedürfnis als „echte“ Anordnungsvoraussetzung von
Vermögensarrest (oder Beschlagnahme) wurde in StPO aufgenommen.

Dauer der Sicherungsmaßnahme richtet sich allein nach
Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

10.10.2017

§ 111e ff. StPO: Vermögensarrest zur Sicherung der Wertersatzeinziehung



Bei Vorliegen „dringender Gründe“ für spätere Einziehungsanordnung wird die vorläufige Sicherstellung zum gesetzlichen Regelfall !

10.10.2017

§§ 459h ff. StPO Verwertung und Auskehr der eingezogenen Gegenstände an Verletzten

§§ 459h I, 459j StPO

- Rückübertragung des Gegenstandes

§§ 459h II, 459k, 459l StPO

- Befriedigung aus dem eingezogenen Wertersatz

10.10.2017

Entschädigung des/der Verletzten bei Einziehung Wertersatz

„Regelfall“:

Entschädigung im
Strafvollstreckungsverfahren

- Wert der gepfändeten Vermögensgegenstände deckt sämtliche Schadensersatzansprüche ab
- Auskehrung (§ 459 h Abs. 2 StPO)
- Verfahren § 459 k StPO

„Ausnahme“:

Entschädigung im
Insolvenzverfahren

- mind. 1 indiv. Verletzter
- Eröffnung Insolvenzverfahren über Vermögen des Beschuldigten
- entw. wg Eigenantrag Schuldner oder Fremdantrag Gläubiger (§ 111 i Abs. 1 StPO)
- od. Fremdantrag des Staates, vertreten durch Staatsanwaltschaft bei Schadensunterdeckung durch gesicherte Werte (§ 111 i Abs. 1, 2 StPO)
- Freigabe der im Strafverfahren gesicherten Werte für die Insolvenzmasse

10.10.2017

§ 422 StPO: Abtrennung der Einziehung

Grundsatz: Entscheidung über Einziehung in Hauptverhandlung

Bei **unangemessener Erschwerung** oder **Verzögerung des Verfahrens** durch Einziehung:

→ Abtrennung der Entscheidung über Vermögensabschöpfung möglich

→ Rechtskräftige Feststellungen in der Hauptsache sind bindend für Nachverfahren (§ 423 StPO)

10.10.2017



Gliederung

Intention des Gesetzgebers

Zentrale Inhalte

Praktische Konsequenzen

Für Beschuldigte

Umfassende Einschränkung der Rechtsposition

Beweis-
lastumkehr
bei
Vermögen
unklarer
Herkunft

Keine Berücksichtigung
unbilliger Härte
vor
Vollstreckung

Absenkung
von
Eingriffsvoraus-
setzungen

Weniger Handlungsoptionen

Erschwerung der
freiwilligen
Wiedergutmach-
ung nach
staatlichem
Zugriff auf
Vermögen des
Beschuldigten

Positives
Nachtatverhalten
des Beschuldigten
als
Strafzumessungs-
grund kaum mehr
erreichbar

Mögliche Verfassungswidrigkeit einzelner Regelungen

§ 73a StGB

- Einziehung bei sämtlichen Straftatbeständen möglich
- Eingriff in Art. 14 GG, Verhältnismäßigkeit fragwürdig
- Berufung auf EU-Richtlinie verfehlt

§ 76a IV StGB iVm 437 StPO

- Vermögen unklarer Herkunft kann ohne Nachweis einer konkreten Tat eingezogen werden
- Verstoß gegen nemo-tenetur-Grundsatz, Bestimmtheitsgebot sowie uU gegen Schuldprinzip
- Norm verfassungsrechtlich hochproblematisch

10.10.2017



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.